



WORTE AUS DEM LANDESVORSTAND

Viel Luft nach oben

Berlin hat wohl eine neue Regierung und auch, wenn die Farbreihenfolge sich ein wenig verändert hat, sind es doch die gleichen drei Parteien. Dass wir zu diesen zwar einen engen Draht pflegen, um stets für Verbesserungen und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu werben, ist kein Geheimnis. Dass sie sich gelegentlich beratungsresistent zeigen, aber auch nicht. So findet sich das Thema Innere Sicherheit im Entwurf zum Koalitionsvertrag äußerst geringfügig wieder. Das war zu erwarten, ist aber dennoch unverständlich.

Kerstin Philipp

stellv. Landesvorsitzende



Foto: GfP

So müssen wir wohl genau genommen darüber froh sein, was nicht auf den 152 Seiten der Vereinbarung zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu lesen ist. Wobei – das Misstrauen gegenüber der Arbeit von Berlins Polizistinnen und Polizisten ist in der einen oder anderen Passage noch immer gut herauszulesen. Unsere Datenerfassung soll transparenter und für die Bürgerinnen und Bürgern nachvollziehbar sein, Racial Profiling im ASOG Bln gesetzlich verboten werden. Beides an sich schöne Botschaften, denen wir uns nicht verwehren, aber beides sind eben auch Sachen, die gar keine neue Regelungslage benötigen. Wir arbeiten vermutlich präsenter als alle Sicherheitsbehörden in unserem Land. Man kann ja mal die Kolleginnen und Kollegen aus dem Glaskasten am Alexanderplatz fragen. Racial Profiling ist bereits gesetzeswidrig, es verletzt die Würde des Menschen, weshalb Maßnahmen eben nicht aufgrund der Hautfarbe passieren dürfen. Aber gut, wir schauen mal, wie genau man

das noch gesondert reglementieren möchte. Gleiches gilt für die Quittungen, die man sich jetzt geben lassen kann, wenn die Polizei einen mal kontrolliert hat. Noch mehr Bürokratie, noch mehr Ausstattung am Gürtel, die es nicht gebraucht hätte.

Gebraucht hätten wir aber ein paar mehr Stellen. Klar, es ist beim Blick auf das einzusparende Volumen von einer Milliarde Euro im Haushalt ein Erfolg, dass wir auch in dieser Legislaturperiode die Kapazitäten an der PA, HWR und BFRA komplett ausreizen und so einen, wenn auch minimalen, jährlichen Aufwuchs erreichen. Gebraucht aber hätten wir eben auch Stellen für den Tarif und die Verwaltung sowie für Spezialisten, um Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte da einzusetzen, wo die Menschen dieser Stadt sie wirklich brauchen. Gebraucht hätten wir ein umfassendes Personalkonzept zur besseren Qualifizierung von Beschäftigten im Tarif- und Verwaltungsbereich und flexible Arbeitszeitmodelle, damit wir nicht nur Neue bekommen, sondern auch die bleiben,

die nicht erst seit der Pandemie tagtäglich beweisen, dass Berlin sich auf sie verlassen kann. Die brechen uns nämlich zunehmend weg, was angesichts der Überstundenberge, stetigen Dienstplanänderungen und auch der psychischen Belastung keinen mehr überraschen kann. Dementsprechend kann die geplante Erhöhung des Pensionsalters vermutlich auch nicht wirklich ernst gemeint sein, zumindest nicht für unsere Bereiche.

Der mitunter geäußerte Unmut über den Tarifvertrag ist in Teilen nachvollziehbar, denn 2,8 Prozent, die erst ab Dezember 2022 oben draufkommen, sind in der Tat nicht der große Wurf. Aber wir bekommen bei Tarifverhandlungen leider nie das, was wir gern hätten und müssen Kompromisse eingehen, bei denen auch ich nicht immer glücklich in den Spiegel schaue. Selbst wenn wir das Bestmögliche herausgeholt haben – die steuerfreie Corona-Prämie von 1.300 Euro wird die fehlende Erhöhung 2022 zumindest teilweise ausgleichen. Viel wichtiger aber ist auch hier das, was nicht drinsteht bzw. passiert ist. Die Arbeitgeberseite wollte an die Arbeitsprozesse, diese in kleinere Teile zerlegen, wodurch es in vielen Fällen zu einer Herabgruppierung gekommen wäre. Das konnten wir abwehren. So sollten wir eben auch festhalten, dass 2,8 Prozent mehr besser sind, als von einer E 9 auf eine E 6 zu fallen.

Wir haben auf den folgenden Seiten mal zusammengefasst, was der Tarifabschluss genau beinhaltet und was sich so im Koalitionsvertrag wiederfindet bzw. was dort fehlt. Klar ist, dass Letzterer zumindest einiges an Gestaltungsspielraum lässt, den wir gewillt sind, mit Leben zu füllen. Ob das weiterhin mit Innensenator Andreas Geisel passiert, steht beim Schreiben dieser Zeilen noch in den Sternen. Aber wir nehmen es, wie es kommt und werden auch in Zukunft als Euer Sprachrohr nicht müde werden, Berlins Politik auf Missstände und Verbesserungspotenzial hinzuweisen und gemeinsam mit Euch Druck auszuüben! ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ein neues Jahr beginnt und auch wenn sich das eine oder andere beim Alten bleibt – die alles überragende Corona-Pandemie zum Beispiel – ist der Jahresanfang auch immer die Chance, etwas Neues zu starten. Wir haben bereits einige tolle Ideen und uns für 2022 einiges vorgenommen. Dazu zählt unter anderem, dass wir den durchaus phrasenlastigen Koalitionsvertrag von Rot-Grün-Rot mit Leben füllen wollen. Wie wir das gedenken, sieht man beispielsweise im dritten Teil unserer Forderungsreihe. Das werden wir – und da bleibt es dann doch beim Alten – mit vollen Engagement an Frau Giffey und Co. herantragen.

Benjamin Jendro, Landesredakteur

INFOS FÜR MITGLIEDER

Betrifft Beihilfe!

Einige Kollegen haben unsere Artikelserie über die geänderten Berliner Beihilfebestimmungen zum Anlass genommen, die Redaktion zu fragen, was eigentlich passiert, wenn man seinen Beihilfeantrag nicht mehr selbst ausfüllen kann?

Dieses Problem ist für unseren Kooperationspartner MEDIRENTA täglich Brot. Allerdings geht die Problematik sehr viel tiefer, denn das reine Ausfüllen der Anträge ist noch das kleinere Übel.

Denn wenn ein Beihilfeberechtigter – warum auch immer – plötzlich ausfällt, sind Angehörige mit dem Papierkram häufig überfordert. „Das hat doch immer der Papa (die Mama) gemacht, da kenne ich mich überhaupt nicht aus“, ist der Standardsatz in solchen Fällen. Besonders heikel wird es, wenn zur Abrechnung mit der privaten Krankenversicherung und der Beihilfestelle auch noch Pflegeansprüche kommen. Denn nun gilt es, noch mehr Anträge zu stellen, Belege zu sammeln, Abrechnungen und Erstattungen zu prüfen und Fristen zu wahren. Und wer weiß schon, was einem in dieser Situation alles zusteht?

In dieser Situation auf Nachbarschaftshilfe zu setzen, ist keine gute Option. Denn der wohlmeinende Nachbar haftet voll für sein Tun, hat aber in der Regel keine entsprechende Haftpflichtversicherung. Der Nachbar will „helfen“ und sich nicht etwa Schadensersatzpflichtig machen. Leider kann es in solchen Fällen immer wieder zu Auseinandersetzungen kommen. Dies kann man verhindern, indem man selbst frühzeitig tätig wird.

Sprechen sie mit Ihren nahen Angehörigen oder Vertrauten über das System der Beihilfe und deren Antragsvoraussetzungen. Wenn diese dann bereit sind, Sie zu unterstützen, denken Sie über eine Bevollmächtigung nach. Diese kann auch vorsorglich erfolgen. Der Bevollmächtigte legt



Foto: privat

die Vollmacht dann bei Antragstellung für Sie vor. Eine vorsorgliche Hinterlegung für den Bedarfsfall bei der Beihilfestelle ist leider nur in begründeten Einzelfällen möglich, so das Landesverwaltungsamt. Ein Musterformular für eine Vollmacht und entsprechende Merkblätter finden Sie auf der Homepage des Landesverwaltungsamtes Berlin.

Sie können die Bearbeitung Ihrer gesamten Krankenkostenabrechnungen auch auf

einen Beihilfeberater übertragen. Diese kennen sich mit der Beihilfe aus und sind auf diese Dienstleistung spezialisiert. MEDIRENTA ist seit rund 40 Jahren erfolgreich in diesem Bereich tätig und bietet hier die komplette Abwicklung aller Tätigkeiten einschließlich der gesamten Korrespondenz bis hin zu außergerichtlichen Widersprüchen. Auch ein Tarif für die reine Vorsorge exklusiv für die Mitglieder der Berliner GdP gehört dazu. Informieren Sie sich! ■

Hier findest Du uns
im Social Media



UNSERE POLITISCHEN FORDERUNGEN 2021–2026

GdP-Forderungspapier Teil 3 – Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Berlin als internationale Metropole stellt sich vielen Herausforderungen. Die Organisierte Kriminalität, Kriminalitätsbrennpunkte, Terrorgefahr, hohe Versammlungslagen und starkes Verkehrsaufkommen, um nur einige zu nennen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes begegnen diesen Herausforderungen durch persönliches Engagement und Leistungsbereitschaft, oft zulasten der eigenen Familie. Dies verdeutlichen allein die angesammelten 2,3 Millionen Überstunden bei der Berliner Polizei im Kalenderjahr 2020. Neben dem hohen Arbeitsaufkommen nehmen viele Beschäftigte weite Fahrtwege in Kauf, da bezahlbarer Wohnraum in der Bundeshauptstadt immer seltener zur Verfügung steht. Laut Pressemitteilung vom 27. November 2018 ist für das Land Berlin die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ein zentraler Baustein der Personalpolitik. Wir erleben, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen unsere Behörden verlassen, weil eben das nicht gegeben ist. Sie kündigen, wechseln in andere Behörden oder die freie Wirtschaft oder werden krank. Auch weil sie mitunter durch Ereignisse im privaten Umfeld an einen Punkt kommen, an dem sich ein soziales Miteinander nicht mehr mit den Anforderungen der Arbeit in Einklang bringen lassen. Hier muss das Land Berlin flexibler werden und verstärkt auf die Bedürfnisse und Anforderungen seiner Beschäftigten eingehen.

Was wir brauchen

Kurzfristige Schritte (zeitnah umsetzbar)

- Mobiles Arbeiten und Telearbeit/moderner Arbeitsplatz



- Festlegung Überstundenobergrenze
- Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit für Schichtdienstleistende (> 15 Jahre)
- Verbindliche Möglichkeit zum Innendienst für ältere Kolleg*innen
- Behördenweites Portfolio von Arbeitszeitmodellen mit Wahloption
- Behördennahe 24/7-Kinderbetreuung
- Erhöhung des Budgets Kleiderkonto/Angebot Warenhaus

Mittelfristige Ziele (spätestens Ende der Legislaturperiode)

- Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit für alle Beschäftigten
- Einführung echter Lebensarbeitszeitkonten
- Gewährung von Zusatzurlaub bei mehr als 600 Nachtdienststunden

- Digitalisierung der Verwaltung bei Publikumsbedienungszeiten
- Schaffung von kostenfreien Toiletten im öffentlichen Raum

Langfristige Ziele (2030)

- 35-Stunden-Woche
- Pensionskorridor zur freien Entscheidung (Pension/Rente auch mit 60)
- Stärkung des Ehrenamtes und temporäre Freistellungen zur Ausübung

Na, Interesse geweckt? Klick Dich rein auf unserer Homepage unter „Politische Forderungen 2021–2026“ und schaue mal, mit welchen Forderungen wir so in den anderen Bereichen an Berlins Politik herantreten!



„ Sprecher Benjamin Jendro via WELT

Wir waren uns dessen bewusst, dass das Thema Innere Sicherheit in dieser Konstellation nicht die große Rolle spielen wird, haben uns aber dennoch mehr erhofft. Es gibt einzelne gute Elemente, wie dass der benötigte Personalaufwuchs weiter fest verankert ist. Im Großen und Ganzen aber bleibt Rot-Grün-Rot vieles schuldig anstatt zentrale Fragen für die nachhaltige Sicherheit der Hauptstadt und die Menschen, die diese gewährleisten sollen, zu klären.

ROT-GRÜN-ROT ENTWIRFT KOALITIONSVERTRAG

Viel Luft nach oben

Die 152 Seiten sind des Koalitionsvertrages der drei designierten Regierungsparteien sind zwar blumig formuliert, erschöpfen sich aber zumeist in Phrasen, die wenig Greifbares mitbringen. Wir sind bereit, zu unterstützen und die Überschriften mit Leben zu füllen, wollen Euch aber mal zeigen, was genau so drinsteht.

Das klingt im Ansatz nach Verbesserungen:

Kinderbetreuung und Unterstützung bei psychischen Belastungen

„Die besonderen Belastungen für Polizei, Justiz und Rettungsdienst wollen wir auch durch Arbeitsplatzgestaltung anerkennen und Kinderbetreuung für Mitarbeiter*innen im Schichtdienst sowie professionelle Unterstützung bei psychischen Belastungen anbieten, die auch helfen soll, negative berufliche Erfahrungen vorurteilsfrei zu reflektieren.“

- **Möglichkeiten zur Kinderbetreuung (z. B. 24/7-Kitas) fordern wir seit Längerem, psychische Belastungen nehmen zu, hier wären mehr externe Angebote sowie turnusmäßige Überprüfungen sinnvoll.**

Ausbildungskapazitäten bei Polizei und Feuerwehr werden weiter voll ausgereizt

„... machen bei der Polizei und Feuerwehr weiterhin das Ausschöpfen der vollen Ausbildungskapazitäten und besonders im Rettungsdienst auch neue Stellen notwendig.“

- **Absolut notwendig, um Personalaufwuchs zu erreichen, wichtig: auch räumliche und personelle Kapazitäten mitdenken.**

Kontaktbereichsbeamte*innen im gesamten Stadtgebiet

„Zur Erhöhung der polizeilichen Präsenz und Ansprechbarkeit werden wir die Kontaktbe-

reichsbeamte*innen auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen.“

- **Hiermit wird eine GdP-Forderung umgesetzt, entscheidend ist die Hinterlegung im Stellenplan.**

Sanierung von Dienststellen

„Wir werden die Sondersanierungsprogramme für Polizei und Feuerwehr fortsetzen und vor allem die Instandsetzung oder Sanierung von sanitären Einrichtungen finanziell absichern.“

- **Konkretes wäre wichtig. Unser Vorschlag: Ein umfassendes Gebäudescreening und jährlich 200 Millionen Euro für Sanierungen und Neubau bereitstellen.**

Kooperative Leitstelle, BFRA, KTI

„... sowie die Errichtung der kooperativen Leitstelle und den Neubau der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie (BFRA) auf dem ehemaligen Flughafen Tegel finanziell absichern. Wir wollen die Planungen für das Kriminaltechnische Institut (KTI) vorantreiben.“

- **Alle drei Projekte sind sehr kostenintensiv, für die nachhaltige Sicherheit der Stadt aber unersetzlich und müssen zeitnah und umgehend erfolgen.**

Schießstättenproblematik

„Wir wollen das Schießstättenanierungsprogramm fortsetzen und sichern eine wei-

tere Entschädigung der von gesundheitlichen Belastungen Betroffenen aus den früheren Schießständen ab.“

- **Berlin braucht die geplanten Einsatztrainingszentren, für eine bessere Entschädigung der Betroffenen haben wir gemeinsam mit dem Innensenator in der letzten Legislaturperiode den Grundstein gelegt.**

Bodycams

„Der Einsatz von Bodycams wird fortgesetzt und finanziell abgesichert.“

- **Wichtig wäre auch, dass man das ASOG Bln, das ja ohnehin angefasst werden muss, ändert, eine Entfristung schafft und den Einsatz in Wohnungen ermöglicht.**

Temporäre Videoüberwachung

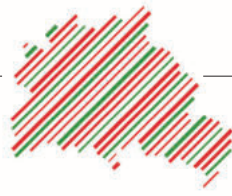
„Die Koalition wird zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung und damit öffentliche Orte sicherer werden, im ASOG bis Ende 2022 die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Polizei an begrenzten Orten unter Wahrung der Privatsphäre im direkten Wohnbereich der Anwohner*innen (zum Beispiel in Hauseingängen) in einem Teil der kriminalitätsbelasteten Orte (kbO) Videotechnik einsetzen kann.“

- **Das ist eines der wenigen gewinnbringenden Versprechen, weil es Polizeiarbeit effektiver und nachhaltig zur Prävention und Beweissicherung sowie zur Aufklärung von Straftaten an hochfrequentierten Orten wie dem Alexanderplatz beitragen wird.**

Veranstaltungssicherheitsgesetz

„Mit einem Veranstaltungssicherheitsgesetz werden wir die Sicherheitsstandards bei Großveranstaltungen verbessern. Die Koalition prüft die Beteiligung von Profivereinen und kommerziellen Großveranstaltungen an den Sicherheitskosten. Wir ermöglichen die Durchführung eines einjährigen Pilotprojekts zum sicheren Einsatz von Pyrotechnik bei Fußballspielen.“

- **Dringend notwendig, da derzeit Veranstaltungen nicht gesetzlich geregelt sind. Darauf haben wir bereits bei der Diskussion des Versammlungsfreiheitsgesetzes hingewiesen.**



Zukunftshauptstadt Berlin.
Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftstark.

Entwurf zur Beschlussfassung
des Koalitionsvertrages 2021–2026



Hier kommt es auf die Ausgestaltung an:

Besoldung und Landesbesoldungsgesetz

„Das in der vergangenen Legislatur erreichte Niveau der Bezahlung im Öffentlichen Dienst soll gehalten werden - mindestens dem Besoldungsdurchschnitt der Länder entsprechend und durch die Übernahme der Tarifiergebnisse für die Länder. (...) Es wird bis Ende 2023 ein einheitliches Berliner Landesbesoldungsgesetz erarbeitet.“

- Berlin ist Hauptstadt, hat hauptstadtbedingte Lagen und die höchste Einsatztaktung, verdient eine dementsprechende Besoldung auf Bundesniveau. Insofern werden wir das „mindestens“ als mindestens. Mit einem Landesbesoldungsgesetz folgt man unserer Forderung. Was fehlt, ist ein Besoldungsreparaturgesetz.

Ausnahmegenehmigung von Parkraumbewirtschaftung für Schichtdienstleistende

„Eine Erhöhung der Kurzzeitparkgebühren im ersten Halbjahr 2022. Unbürokratische Ausnahmen für Schichtarbeit und den Wirtschaftsverkehr werden wir prüfen.“

- Es ist zwar gut, dass eine solche Ausnahme im Koalitionsvertrag erwähnt wird. Zum Prüfen hatte man jetzt allerdings schon reichlich Zeit. Wir erwarten eine zeitnahe unbürokratische Regelung für Schichtdienstleistende, die auf ein Fahrzeug bewiesenermaßen angewiesen sind.

Das geht gar nicht:

Quittungen für Identitätsfeststellungen an kbOs

„Personenkontrollen dürfen nur am Verhalten und nicht am äußeren Erscheinungsbild von Personen anknüpfen. Daher werden wir das Verbot von racial profiling im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) verankern. Die Koalition wird die Regelungen zur Identitätsfeststellung an kriminalitätsbelasteten Orten (kbO) angelehnt an die Bremer Regelung dahingehend ändern, dass die Kontrolle an das Verhalten anknüpfen

Gewalt gegen Einsatzkräfte

„Wir unterstützen Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst angegriffen werden. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an Silvester weiter einschränken. Wir werden neben böllerefreien Zonen weitere Maßnahmen zur Eindämmung prüfen.“

- Die Phrase klingt gut, hier bedarf es allerdings mehr als nur Böllerverbotzonen an Silvester, zum Beispiel eine klare Distanzierung aller AGH-Parteien bei jeglichen Angriffen auf unsere Kolleginnen und Kollegen.

Verdreifachung und Ausweitung der Fahrradstaffel und mobile Wachen

„Wir wollen die Fahrradstreifen verdreifachen und auf alle Bezirke ausdehnen. Zur gezielten Kriminalitätsbekämpfung werden weitere Wachen eingerichtet.“

- Beides sind hervorragende Einsatzmittel, wenn man sie aber nicht nur rein ideologisch einsetzt, sondern da und dann, wo und wann es auch Sinn ergibt.

Mehr Blitzer und Ahnung von Verstößen im Straßenverkehr

„Die Polizei wird gegen Verstöße im Straßenverkehr und Autorennen im Straßen-

muss und die Betroffenen auf Verlangen eine Kontrollquittung erhalten.“

- Racial Profiling ist verboten, grundsätzlich und deshalb muss schon jetzt jede Maßnahme mit entsprechender Rechtsgrundlage (Die Hautfarbe ist kein Kriterium) begründet werden. Wir halten eine solche Regelung mit Quittungen für nicht notwendig, da polizeiliches Handeln in Berlin ohnehin sehr transparent erfolgt und man jede behördliche Maßnahme auf seine Rechtmäßigkeit überprüfen lassen kann. Für die Innere Sicherheit wäre es wichtiger, technische Lösungen wie die Nutzung von Fast-id anzuschaffen, um Arbeitsabläufe zu effektivieren, anstatt unsere Bürokratie weiter aufzublähen.

verkehr noch entschiedener vorgehen und Autos noch häufiger einziehen. Dazu soll in dieser Legislaturperiode eine größtmögliche Anzahl zusätzlicher stationärer und mobiler Blitzer -mindestens aber 60 Anlagen - in Betrieb genommen werden. Wir prüfen eine datenschutzgerechte und zweckbezogene digitale Lösung zur Ahndung von Verkehrsdelikten im ruhenden Verkehr. Eine technische Stärkung der Bußgeldstelle werden wir gewährleisten. Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung (StVO) wird die Koalition stärker kontrollieren und ahnden“

- Das klingt alles gut, muss aber auch sinnvoll mit Leben gefüllt werden. Bei neuen mobilen Blitzern sollte man durchaus bedenken, dass dafür auch Personal benötigt wird. Wichtig wird sein, Mobilität als Ganzes und vor allem für alle Verkehrsteilnehmenden zu verbessern und sicherer zu gestalten.

Nachvollziehbarkeit von Polizeilicher Datenerfassung

„Polizeiliche Datenerfassung und -verarbeitung soll systematisch überarbeitet und für die Bürger*innen nachvollziehbarer werden. Eine gesetzliche Benachrichtigungspflicht über die Speicherung, soweit dadurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr nicht beeinträchtigt werden, wird eingeführt. Eng gefasste Sperrungs- und Löschungsfristen müssen implementiert und durchgesetzt werden.“

- Wir sind sehr gespannt, was das in der Umsetzung bedeutet und wie genau sich Rot-Grün-Rot das vorstellt. Ein wenig mehr Nutzerfreundlichkeit wäre für uns wichtiger.

Anhebung des Pensionsalters

„Das Pensionseintrittsalter soll auf 67 Jahre angehoben werden. Der Übergang in den Ruhestand soll flexibilisiert werden.“

- Das entbehrt jeglicher Beachtung der hohen Belastung, des hohen Krankenstandes und der gesundheitlich bedingten Frühpensionierungen. Wir wehren uns gegen eine solche Anhebung und fordern einen Fortbestand der Ausnahmeregelungen bei Polizei und Feuerwehr auf dem aktuellen Niveau.



Unser Experte

Ronald Mikkeleitis ist ausgebildeter Polizeivollzugsbeamter und seit 2004 leitender Mitarbeiter in einem Berliner Ordnungsamt. Er veröffentlicht regelmäßig in verschiedenen Publikationen Artikel zum Thema Deeskalation im Einsatz, referiert für u. a. den DGB und den Behördenspiegel zu diesem Thema, hat 2016 eine Studie veröffentlicht zur Gewalt gegen Ordnungsamtsmitarbeitende, schreibt Artikel für die Polizeiaus- und fortbildung und bietet Seminare an zu den Themen „Deeskalation über Körpersprache, optische Darstellung, angemessenes Reden und erforderliche Nachsorge“ sowie Seminare über „Einsatzlehre für Ordnungsämter“ und „Häusliche Gewalt – ein Thema gerade auch für den öffentlichen Dienst“.

MIT DEINER GdP GUT VERNETZT

Ordnungsämter und Polizei – nur zusammen so richtig erfolgreich

Im Jahr 2004 wechselte ich als ausgebildeter Polizeivollzugsbeamter mit jahrelanger Erfahrung im Funkwageneinsatzdienst zu einem Berliner Ordnungsamt. Seitdem bemerkte ich leider immer wieder, durch wie viele Missverständnisse, Vorurteile und andere Kommunikationsprobleme das Verhältnis völlig unnötig manchmal belastet ist. Wenn beide Behörden gemeinsam ihre Verantwortlichkeiten erkennen und gemeinsam agieren, ist aber sehr viel zusammen zu erreichen.

Ronald Mikkeleitis

Der praktische Fall – illegale Straßenhändler

In einem bestimmten Bereich gab es u. a. ein massives Aufkommen von illegalen Straßenhändlern, die unberechtigt öffentliches Straßenland nutzten. Zudem bestand der Verdacht, dass es sich bei den zum Verkauf angebotenen Artikeln um Hehlerware handeln könnte. Schon allein die Anzahl der dort erwarten zu überprüfenden Personen überstieg die personellen Möglichkeiten nur einer Behörde. Diesmal wurde aber der richtige Schluss gezogen und es wurde darüber nachgedacht, wie man gemeinsam diesen Einsatz planen und durchführen kann. Natürlich gab es am Anfang schon Schwierigkeiten durch z. B. unterschiedlich genutzte oder ungewohnte Begriffe wie Einsatzbefehl, Lageinschätzung, Zugriff usw. Dies konnte aber schnell geklärt werden und fortan legte sich diese „Fremdheit“ immer mehr. Danach wurden gegenseitig personelle und rechtliche Möglichkeiten kompetent erklärt und diskutiert sowie auch hier wurden schnell

einsatzrelevante Schnittmengen gefunden, um erfolgreich agieren zu können.

Die Vorbereitung – Kompetenzen sinnvoll nutzen

Das Ordnungsamt, gut ausgebildet im Bereich der Ordnungswidrigkeiten und artverwandter Vorschriften, sollte sich beim kommenden Verbundeinsatz vorrangig um den Sachverhalt der unerlaubten Sondernutzung nach dem Berliner Straßengesetz kümmern, inklusive beabsichtigter Beschlagnahme bzw. Einziehung dort angebotener Waren, darauffolgend um die entsprechende Anzeigenfertigung und weitere Bearbeitung sowie um die Einlagerung der beschlagnahmten Gegenstände. Die Polizei, gut ausgebildet u. a. im Bereich von Straftaten, sollte sich vorrangig um ggf. gestohlene Gegenstände, andere Straftatbestände und erforderliche Personenüberprüfungen kümmern, inklusive der Bearbeitung angefallener Strafanzeigen. Schließlich wurde in einem gemeinsamen Einsatzbefehl der gesamte Einsatzverlauf samt Benennung von Zuständigen und Zuständigkeiten festgelegt. Da es sich um einen Sonntag handelte und das Ordnungsamt hier im Regelfall nur auf freiwillig Mit-

arbeitende zurückgreifen kann, stellte man noch ein Amtshilfeersuchen an ein anderes Ordnungsamt. Der Einsatz an sich war so ordentlich durchgeplant und konnte im optimalen Umfang bewältigt werden.

Das Ergebnis – reibungsloser Einsatz mit jeder Menge Ertrag

Es wurden sehr viele Anzeigen wegen unerlaubter Sondernutzung gefertigt, mehrere Kubikmeter Ware beschlagnahmt und in hoher Anzahl Platzverweise erteilt, darüber hinaus sehr viele Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen geschrieben und viele Fahrzeugen umgesetzt. Hinzu kamen diverse Anzeigen u. a. wegen Hehlerei, Betrug, fahrlässiger Körperverletzung, Widerstand und es wurde in großer Menge Diebesgut aufgefunden. Schon allein durch den Kräfteansatz und die sehr gute gemeinsame Vorplanung und Absprache war auch jederzeit die Eigensicherung aller Mitarbeitenden gewährleistet.

Das Fazit – gemeinsam sind wir stark

Im Anschluss gab es von allen Seiten hohes Lob für diesen gemeinsamen Einsatz, der natürlich auch für Dritte äußerst beeindruckend war und unterstrichen hat, wie gut und erfolgreich man miteinander arbeiten kann. Auch die eingesetzten Kräfte selbst äußerten sich durchweg positiv über den gesamten Einsatzverlauf, bei dem sich jeder auf seine Kernkompetenzen konzentrierte, aber gemeinsam und aufeinander achtend vorgegangen wurde. Aus meiner Sicht sollte diese kompetente Kräftebündelung beispielgebend sein gerade in Zeiten, in denen der Personalmangel so häufig beklagt wird oder um es einfacher zu sagen: Gemeinsam sind wir stark! Passen Sie bitte auf sich auf! ■



Es ist wieder so weit: **Die Neuköllner Pensionäre** treffen sich am 4. Februar 2022, 15 Uhr, im Haus des älteren Bürgers in 12053 Berlin, Werbellinstraße 42. Fahrverbindung: Bus: 104, 365; U-Bhf. Rathaus Neukölln, Ansprechpartnerin: Silvia Neumann, Tel. (030) 4664 500 801.

AUS UNSEREN SENIORENGRUPPEN

Lesestunde bei der Seniorengruppe Dir 3 Ost

Anfang November fand im Stadtteilzentrum Berlin-Marzahn eine durch unsere Seniorengruppe Dir 3 Ost organisierte Buchlesung zum Schriftstück „Authentische Kriminalfälle aus der DDR“ von Prof. Dr. Frank-Rainer Schurich und Kollege Remo Kroll statt. Aufgrund des starken Interesses und der Einhaltung geltender „Corona-Maßnahmen“ musste die Teilnehmerzahl leider auf 30 Personen begrenzt werden. Die Autoren recherchierten u. a. zu Polizistenmorden in der DDR. Unter dem Titel: „Tod durch elektrischen Strom“ wurde diese Mordserie im „Polizeiruf 110“ verfilmt.

Der anwesende Autor Kroll nutzte die Möglichkeit, um vor Ort gleich noch über an Kindern begangene Mordversuche Anfang der 1980er-Jahre in Berlin der DDR zu berichten.

Für März 2022 ist eine weitere Lesung in Vorbereitung. Es wird sich hierbei um das kaum bekannte Thema: „Transitleichen“ handeln.

Das verspricht sehr spannend zu werden. Anmeldungen hierzu werden bereits jetzt angenommen. Wir werden in der DP rechtzeitig auf den Termin hinweisen.

Peter Rhode,
Seniorengruppe Dir3 Ost



Foto: privat



Veranstaltungen

Seniorengruppen

Dir 1

Wann: Montag, 7. Februar, ab 13 Uhr.

Wo: Restaurant MAESTRAL, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.

Kontakt: Werner Faber, Tel.: (030) 4032839.

Dir 2

Wann: Dienstag, 4. Januar, 15 Uhr.

Wo: Restaurant El Manuel, Sandstraße 37/ Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

Achtung!: Im Restaurant gilt die Regelung 1. geimpft oder 2. genesen und Maskenpflicht!

Dir 3 (Ost)

Wann: Montag, 17. Januar, 15 Uhr.

Wo: Stadtteilzentrum Berlin-Marzahn Mitte, Marzahner Promenade 38, 12769 Berlin.

Kontakt: helmut-meyer1142@gmx.de oder Peter Rhode, (0174) 7727010.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 12. Januar, 16 Uhr.

Wo: Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Kontakt: Peter Müller, Tel.: (030) 7967520 oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

Dir 5 – wenn Corona es zulässt!

Wann: Dienstag, 1. Februar, 14 Uhr.

Wo: Zum Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin (Hufeisensiedlung).

Kontakt: Renate Katzke, (0173) 1685766.

LKA

Wann: Dienstag, 18. Januar, 11 Uhr.

Wo: MUSEUM IN DER KULTURBRAUEREI – Knaackstraße 97, 10435 Berlin.

Info: Besichtigung der Ausstellung „Alltag in der DDR“ – Anmeldung erforderlich!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

PA

Wann: Dienstag, 25. Januar, 16 Uhr.

Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße/ Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LABO

Wann: Mittwoch, 12. Januar, 15 Uhr.

Wo: Restaurant Maximilians, Friedrichstraße 185–190, Ecke Kronenstraße, 10117 Berlin.

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 26. Januar, 16–18 Uhr.

Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

Seniorenvorstand Dir E/V gewählt

Nach langer, coronabedingter Unterbrechung hat die Seniorengruppe der Dir E/V am 11. November 2021 ihre Hauptversammlung gem. § 23 der Wahlordnung des Landesbezirks Berlin durchgeführt. Wiedergewählt wurden das Vorstandsteam der Seniorengruppe Dir E/V und als neues Mitglied des Vorstandsteams der Kollege Jürgen Koleczko.

Das Vorstandsteam:

Bernhard Schmidt (Vorsitzender)

Lutz Neumann (Vorsitzender V.)

Peer Briddigkeit (Beisitzer)

Bernd Lange (Beisitzer)

Jürgen Koleczko (Beisitzer und

Schriftführer)

Martin Rott (Beisitzer)

Ein besonderer Glückwunsch und Dank geht an den Kollegen Jürgen Koleczko für seine Wahl und die Bereitschaft, aktiv für die Belange der Seniorinnen und Senioren zu arbeiten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihm.



» Landesvize Stephan Kelm zur geplanten Anhebung des Pensionsalters via B.Z.

Die Anhebung des Pensionsalters wäre eine unglaubliche Entscheidung, weil sie die Arbeitsbelastung in der Hauptstadt verkennt. Uns brechen schon jetzt unglaublich viele Kollegen weg, weil Schichtdienst, tausende Überstunden und ständige Abrufbarkeit auf Dauer krank machen. Was wir wirklich brauchen, ist ein Pensionskorridor zum Beispiel zwischen 55 und 65 Jahren zur freien Entscheidung.

DEINE GdP INFORMIERT

Tarifparteien haben sich geeinigt

Ende November haben sich die Tarifparteien auf einen verbindlichen Abschluss verständigt. Ja, wir hätten uns mehr erhofft. Grundsätzlich aber ist dieser Kompromiss ein Erfolg, weil wir den anvisierten Angriff auf die Arbeitsprozesse und deren Zerstückelung abwehren konnten. Wir danken allen, die in gemeinsamen Streikaktionen lautstark auf die Straße gegangen sind und sich am Arbeitskampf beteiligt haben.

Die Basics des Tarifabschlusses auf einen Blick

- Lineare Anhebung der Entgelte um 2,8 Prozent ab 1. Dezember 2022
- Eine einmalige steuer- und sozialversicherungsfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro, Auszahlung bis spätestens März 2022
- Laufzeit des Tarifvertrages: 24 Monate bis 30. September 2023

- Auszubildendenvergütung: Anhebung um 50 Euro und 650 Euro Corona-Sonderzahlung. Die Übernahmeregelung wird wieder in Kraft gesetzt.
- Regelungen im Gesundheitswesen
- Wirkungsgleiche Übernahme auf die Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfänger angekündigt ■



Fotos: GdP/Berlin

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Seit rund 40 Jahren für Sie im Einsatz: **MEDIRENTA** übernimmt als Beihilfeberater mit dem **Komplett-Service** für Sie und Ihre Angehörigen alle Abrechnungsvorgänge mit sämtlichen Kostenträgern und Leistungserbringern im Gesundheitswesen.



Informieren Sie sich! **030 / 27 00 00** www.medirenta.de

Redaktionsschluss

für unsere Februar-Ausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 5. Januar 2021. Euer Landesredakteur

DP – Deutsche Polizei
Berlin

Geschäftsstelle
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
Telefon (030) 210004-0
Telefax (030) 210004-29
gdp-berlin@gdp-online.de
www.gdp-berlin.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
Telefon (030) 210004-13
jendro@gdp-berlin.de

Konten
Commerzbank
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00